DAS „SYSTEM BERN“

Bericht zur Verweigerung der Auskunft mit System

Eine investigative Analyse über das systematische Abwehrverhalten von Verwaltung und staatsnahen Betrieben (BLS / BKW) im Kanton Bern

Herausgeber: Daneli vom Trueb,
Homepage: www.daneli-vomtrueb.ch
Kontakt: daneli.vomtrueb@m-o-i.ch

Datum der Publikation: 30. Oktober 2026

Status: Öffentlich zugängliches Dossier z.H. von Politik, Medien und Bevölkerung



1. Ausgangslage und Methodik

Die Beziehung zwischen dem Bürger und der staatlichen Verwaltung basiert gemäss Art. 5 Abs. 3 der Bundesverfassung (BV) auf dem Grundsatz von Treu und Glauben. Daraus leitet sich eine fundamentale Auskunftspflicht der Behörden bei konkreten Sachverhalten ab. Eine Antwort ist rechtlich und logisch jedoch nur dann eine Antwort, wenn sie den *Inhalt* der gestellten Frage behandelt.

Über Jahre hinweg zeigte sich in der Korrespondenz mit dem Berner Regierungsrat, der BLS AG und der BKW AG ein wiederkehrendes Muster: Kritische Anfragen werden flächendeckend mit standardisierten, inhaltsleeren Textbausteinen erwidert. Zur strukturellen Aufarbeitung dieser Missstände wurde ein **siebenstufiges Prüfschema** angewendet, welches formale Rahmendaten, logische Kongruenz, juristische Haltbarkeit und taktische Ausweichmanöver (wie den „leeren Verweis“ oder die „Alles-oder-nichts-Taktik“) systematisch erfasst. Die vorliegende Analyse beweist, dass das behördliche Mauern im Kanton Bern kein Zufall, sondern System ist.

---

2. Fallbeispiel I: Das Bargeld-Aus an den BLS-Automaten (Akte BVD 2026)

- **Der Sachverhalt:** Die Bern-Lötschberg-Simplon-Bahn AG (BLS), an welcher der Kanton Bern die Aktienmehrheit hält, schafft die Barzahlung an ihren Billettautomaten ab. Als Begründung werden jährliche Einsparungen von rund 400'000 Franken vorgeschoben.
- **Die Bürger-Frage:** Wie rechtfertigen die Bau- und Verkehrsdirektion (BVD) und die BLS den systematischen Ausschluss von bargeldbasierten Kundengruppen (ältere Menschen, Kinder, sozial Schwächere) im ländlichen Raum (insb. Emmental), wo im Zuge des Service-Public-Abbaus gleichzeitig sämtliche bemannten Schalter liquidiert wurden? Wie verträgt sich das mit dem Diskriminierungsverbot (Art. 8 BV) und dem Volksentscheid vom 8. März 2026 zur Bargelderhaltung?
- **Das behördliche Ausweichmanöver:** Die BVD unter Regierungsrätin Evi Allemann flüchtet sich in die *Alles-oder-nichts-Taktik*. Es wird auf die digitale Prepaid-Karte der Alliance Swisspass verwiesen. Dass diese Karte im ländlichen Raum einen massiven logistischen Mehraufwand bedeutet und den Zwang zur digitalen Spur im öffentlichen Raum zementiert, wird ausgeblendet. Nach Aufzeigen dieser logischen Widersprüche zog die Regierungsrätin im August 2026 die Notbremse: Sie erklärte die Korrespondenz einseitig für abgeschlossen und verweigert seither das Eintreten auf weitere Repliken.

---

3. Fallbeispiel II: BKW AG – Finanzfilz, KMU-Verdrängung und Milliardenrisiken *(Akte WEU 2025/2026)*

- **Der Sachverhalt:** Die BKW AG (Mehrheitsaktionär: Kanton Bern, >52 %) betreibt unter dem Deckmantel der Energiewende eine aggressive Expansionspolitik, die sich jeglicher demokratischen Kontrolle entzieht. Die verfassungsmässige Aufsichtspflicht des Regierungsrates wurde vollständig an eine private Aktiengesellschaft, die *Andreas Rickenbacher Management AG*, ausgelagert. Andreas Rickenbacher war der Vorgänger von Christoph Ammann in Regierungsrat und sie sind Parteikollegen in der SP; Zufall?

- **Die vergrabenen Swissgrid-Millionen:** Die strategische Beteiligung von 35,63 % an der nationalen Netzgesellschaft Swissgrid AG wurde in eine Tochtergesellschaft namens „*BKW Netzbeteiligung AG*“ verschoben. Die daraus fliessenden, sagenhaften Dividenden von **21,9 %** (ca. 19,5 Mio. CHF) werden im offiziellen Geschäftsbericht in einer einzigen Position tief vergraben, um die massive Quersubventionierung zu verschleiern. Auf kritische Bürgeranfragen reagiert die WEU unter Regierungsrat Christoph Ammann ausschliesslich mit seitenlangen Abschriften aus dem Bundes-Energiegesetz – eine klassische *abstrakten Rechtsbelehrung* ohne jeglichen Sachbezug.

- **Aggressive KMU-Verdrängung und Marktverzerrung:** Mit den Monopolgewinnen, die den Berner Haushalten über überhöhte Netznutzungstarife abgeknöpft werden, kauft die BKW systematisch erfolgreiche, regionale mittelständische Unternehmen auf (Bereiche „Engineering“ und „Infra Services“). Sie tritt damit in direkte, staatlich subventionierte Konkurrenz zum echten lokalen Gewerbe und zerstört die Existenzgrundlage unabhängiger Schweizer KMUs.

- **Milliardengräber im EU-Ausland:** Die BKW hat mittlerweile über 2 Milliarden Franken in wirtschaftlich und politisch höchst instabile EU-Staaten investiert. Hinzu kommt die Verschleuderung von bis zu einer halben Milliarde Franken für ein technologisch riskantes und wirtschaftlich unbewiesenes Batterieprojekt in Mühleberg. Geht dieses aufgeblasene Verhalten und Spiel als internationaler Konzern schief, haftet am Ende in voller Höhe der Berner Steuerzahler.

- **Nötigung des Souveräns und politisches Lobbying:** Wegen ihrer massiven finanziellen Verflechtungen in der Europäischen Union betreibt die BKW AG aktives und aggressives politisches Lobbying im Inland. Sie missbraucht ihre Macht, um den Berner Regierungsrat, das Parlament und letztlich den Souverän zu einem „Ja“ zu den umstrittenen Knechtungsverträgen der EU (genannt Bilateralen III) zu drängen.

---

4. Die Justizbarriere: Wenn der Rechtsstaat zur Kasse bittet

Ein besonders stossendes Element im „System Bern“ ist die gezielte finanzielle Abschreckung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich gegen diese Amtswillkür wehren wollen. Wer formelle Rechtsmittel, Aufsichtsbeschwerden oder gerichtliche Schritte einleitet, sieht sich mit einer massiven finanziellen Hürde konfrontiert:

- **Vorschusspflicht als Blockade:** Die Behörden und Gerichte fordern gesalzene **Kostenvorschüsse** ein, noch bevor ein Staatsanwalt oder Richter auch nur eine einzige Zeile der Akten geprüft oder seinen Hintern aus dem mit Steuern bezahlten Stuhl erhoben hat.
- **Recht nur für Vermögende:** Diese Praxis entlarvt das System: Der hart arbeitende Bürger, der ohnehin schon über Steuern und überhöhte Stromtarife das System finanziert, wird durch Vorauszahlungen finanziell mundtot gemacht. Der Rechtsweg wird zu einem unerschwinglichen Luxusgut degradiert, was die kantonale Verwaltung de facto unantastbar macht.

---

5. Politische Forderungen und nächste Schritte

Da der Regierungsrat den direkten und rechtlichen Bürgerdialog einseitig blockiert hat, wird der Hebel nun bei der parlamentarischen und medialen Ebene angesetzt. Es wird gefordert:

1. **Anpassung der Eignerstrategie:** Der Kanton Bern muss als Mehrheitsaktionär der BLS AG die sofortige Wiedereinführung der Bargeldfunktion an allen Automaten im Kantonsgebiet erzwingen.
2. **Sofortiger Stopp der KMU-Wilderei:** Die BKW hat den unfairen Aufkauf von regionalen Handwerks- und Gewerbebetrieben unverzüglich einzustellen.
3. **Abschaffung der bürgerfeindlichen Justizbarrieren:** Kostenvorschüsse bei Aufsichtsbeschwerden gegen staatliche oder staatsnahe Monopolisten müssen für Privatpersonen drastisch gesenkt oder abgeschafft werden, um den Zugang zum Recht wieder verfassungskonform zu garantieren.

© 2026 Daneli vom Trueb. Alle Rechte vorbehalten. Dieses Dokument dient der öffentlichen Aufklärung. Das Kopieren und Weiterverbreiten im unveränderten Zustand ist ausdrücklich *gestattet.*